

Was uns das „Klimastiftungs-Gate“ über die Zeitenwende in Deutschland sagt.

Patrycja Tepper

Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine haben sich deutsche und internationale Medien verstärkt auf das prorussisch orientierte Mecklenburg-Vorpommern konzentriert. Die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Stiftung „Klimaschutz“ haben enthüllt, wie sich das vergleichsweise arme Bundesland aufgrund von Verflechtungen mit Moskau verändert hat.



Der von SPD und Linken regierte Landtag hat für Gazprom-Projekte Lobbyarbeit betrieben, und fast wöchentlich treten neue skandalöse Informationen auf, wie beispielsweise der E-Mail-Austausch zwischen Manuela Schwesig und Nord Stream 2, verbrannte Steuererklärungen oder fehlende Unterlagen und Protokolle. Die regierende Koalition verteidigt sich mit Hilfe einer PR-Agentur und spricht nun von einer "Schmutzkampagne" der Jamaika-Opposition (CDU,

Redaktion:

David Engels
Justyna Schulz
Stanisław Żerko

Die "Kommentare" geben nur die Meinung ihres Verfassers und nicht des Instituts wieder.

Institut Zachodni
im. Z. Wojciechowskiego

📍 ul. Mostowa 27A
61-854 Poznań

☎ (+48) 61 85 27 691

✉ izpozpl@iz.poznan.pl

🌐 www.iz.poznan.pl

FDP und Bündnis 90/Die Grünen). Die Frage bleibt jedoch, was uns diese Entwicklungen über die „Zeitenwende“ in Deutschland sagen können?

Erstens geht der Wandel in Deutschland nicht überall gleich schnell vonstatten und stößt auf lokaler Ebene auf Hindernisse. Besonders kurios sind die Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch in Sachsen spricht Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) von einer Entfremdung von Berlin und fordert weiterhin Reparaturen an Nord Stream 1. Laut einer Umfrage des Mitteldeutschen Rundfunks hält die überwiegende Mehrheit der Sachsen den abweichenden Russlandkurs des Ministerpräsidenten für richtig. Kretschmer kritisiert die Sanktionen und wird auch in diesem Punkt von 67% der sächsischen Befragten unterstützt. Sowohl der Ministerpräsident als auch 75% die Sachsen wollen mehr diplomatische Bemühungen mit Russland, und nur wenige verstehen, dass Außenpolitik nicht in den Kompetenzbereich von Kretschmer fällt.

Zweitens ist vom Establishment wohl nicht mehr zu erwarten als eine rein symbolische und verbale Aufarbeitung der Fehler ihres Russlandkurs. In Mecklenburg-Vorpommern könnte man einen lokalen Untersuchungsausschuss als Fallstudie einführen. Die Koalition von SPD und Linken hat auch in diesem Gremium die Mehrheit und sabotiert die Arbeit des Untersuchungsausschusses mit allen rechtlich zulässigen Maßnahmen. So wurden beispielsweise die benötigten Unterlagen erst nach sechs Monaten zur Verfügung gestellt. Die Opposition stieß in den Dokumenten auf viele Lücken sowie nicht überprüfbare Schwärzungen, und die Kopien von tausenden Seiten waren so schlecht, dass man sie nicht digital ablesen konnte, um nach Stichworten zu suchen. Es wurde auch abgestimmt, dass politisch verantwortliche Personen wie Manuela Schwesig oder Gerhard Schröder erst am Ende vernommen werden sollen, d.h. in ein paar Jahren. Nicht zu vergessen ist auch, dass der Untersuchungsausschuss für die Steuerzahler teuer wird: Wie letztendlich von einem Politiker der SPD mitgeteilt wurde, belaufen sich die Kosten auf etwa 1 Million Euro. Diese Information wurde auch deshalb veröffentlicht, um die gesellschaftliche Zustimmung für die Aufarbeitung zu senken. Auf Bundesebene plant man keinen Untersuchungsausschuss, es ist höchstens nur von einer Enquete-Kommission die Rede.

Drittens betrachtet Deutschland sich trotz seiner gescheiterten Russland- und Energiepolitik immer noch als Vorbild für andere Länder. Mecklenburg-Vorpommern ist eines von vier Bundesländern, welche die geplanten Atomkraftwerke in Polen ablehnen und als Bedrohung für Deutschland ansehen. Kürzlich hat sich Manuela Schwesig auch gegen den Bau eines LNG-Terminals auf Rügen ausgesprochen. Lokale Politiker instrumentalisieren



weiterhin den Klimaschutz, anstatt alte Strategien zu überdenken. Dies weist auf ein deutschlandweites Phänomen des „Moralismus“ hin, insbesondere in Bereichen, in denen grundlegende Reformen notwendig sind.

Die Zeitenwende in Deutschland kann nicht als ein landesweites Phänomen oder als ein effektives Werkzeug betrachtet werden. Sie stellt auch kein Versprechen dar, dass Deutschland nun in den Bereichen Energie- und Russlandpolitik mit mehr Zurückhaltung in der EU agieren wird. In Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren sich alle systematischen Schwachstellen der Zeitenwende wie unter einem Brennglas: Es gibt keine breite Zustimmung, keine echte Motivation zur Aufarbeitung und keine ernsthafte Einsicht in eigene Fehler und Schwächen.

Illustration:

https://de.wikipedia.org/wiki/Manuela_Schwesig#/media/Datei:Manuela_Schwesig_in_St._Petersburg.jpg (Manuela Schwesig am 8. Juni 2019 als Vorsitzende der Deutsch-Russischen Freundschaftsgruppe beim 15. Treffen in Russland)